

Mittwoch, den 12.05.2021

An:
Ministerpräsidenten der Länder
Gesundheitsminister der Länder
Wirtschaftsminister der Länder

Öffnungsperspektiven für die Veranstaltungswirtschaft

Es ist sehr erfreulich, dass die deutsche Impfkampagne mit so großen Schritten voranschreitet, sodass bereits in vielen Bundesländern sukzessiv Lockerungen vorgenommen werden. Gemäß Aussage der Hans-Böckler-Stiftung könnten das von der Bundeskanzlerin für den 21. September 2021 angekündigte Impfziel deutlich früher erreicht werden und sogar bereits bis Ende Juli alle impfwilligen Erwachsenen unseres Landes durchgeimpft sein.

Angesichts dieser erfreulichen Entwicklung erwartet nun auch die deutsche Veranstaltungsbranche vom Bund und vor allem von den Ländern eine klare Perspektive für einen Restart. Wir erwarten dazu selbstverständlich keinen konkreten Termin, sondern schlicht und einfach die Aussage, unter welchen Bedingungen bzw. nach Erreichen welcher Inzidenzwerte Veranstaltungen wieder wirtschaftlich – mithin ohne Abstandsregeln – durchgeführt werden können. Leider ist den bisher vorliegenden Dokumenten – insbesondere zur Notbremse – bisher nur vornehmlich zu entnehmen, was alles nicht geht. Da Veranstaltungen zumeist eine Vorbereitungszeit von sechs Monaten oder mehr haben, ist die Umsetzung von Veranstaltungsplanungen erst mit entsprechender Verzögerung möglich. Damit die ersten Veranstaltungen nicht erst irgendwann im kommenden Jahr stattfinden, sind wir nun wirklich dringend auf entsprechende Klarheit angewiesen.

Nachdem die Bundesregierung ohnehin derzeit Erleichterungen für Geimpfte, Genesene und Getestete beschlossen hat, vermag unsere Branche nicht zu erkennen, was dagegensprechen könnte, dass jedenfalls durchgeimpfte und genesene Personen wieder ungehinderten Zugang zu Veranstaltungen erhalten. Daher müsste es damit auch möglich sein, jedenfalls für diese Personengruppen Veranstaltungsorte wieder zu öffnen.

Natürlich kann nicht davon ausgegangen werden, dass tatsächlich 100% der Bevölkerung unseres Landes das Impfangebot bis Ende Juli oder bis zu dem von der Kanzlerin genannten 21. September angenommen haben werden. Um nicht Geimpfte nicht auszugrenzen und zu benachteiligen, hat die Veranstaltungswirtschaft bereits im Januar angeboten, Teststationen vor den Veranstaltungsorten einzurichten und entsprechend Antigen-Tests durchzuführen. Damit könnte unsere Branche übrigens ein Teil der Lösung sein, um die dann hoffentlich nur noch geringe Anzahl von Erkrankten zu ermitteln.

Die Unternehmen der Veranstaltungswirtschaft vermögen angesichts dieser erkennbaren Entwicklung nicht nachzuvollziehen, was ansonsten noch geschehen müsste, damit Kultur- und Wirtschaftsveranstaltungen tatsächlich wieder uneingeschränkt stattfinden können und der Wirtschaftszweig endlich die seit Monaten geforderte Perspektive erhält.

Viele Veranstalter:innen haben unter dieser Prämisse ihre seit März 2020 nicht selten bereits zum dritten Mal verlegten Veranstaltungen für den Herbst dieses Jahres bereits im Verkauf. Wirtschaftlich werden Veranstaltungen allerdings nur sein, wenn sie ohne Abstandsregeln stattfinden können. Wenn auch diese Veranstaltungen erneut nur mit Abstandsregeln und damit nur unwirtschaftlich durchgeführt werden könnten und zudem der so dringend benötigte Ausfallfonds nicht kurzfristig umgesetzt wird, werden die Unternehmen dies trotz der vorhandenen großzügigen Hilfsangebote wirtschaftlich nicht überleben können.

Wir bitten Sie daher ebenso höflich wie dringend, uns mitzuteilen, welche Perspektive die Durchführung von Veranstaltungen in Ihrem Bundesland hat und ob unsere Erwartungen in die aktuelle Entwicklung der Impfungen berechtigt sind. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass unser Wirtschaftszweig nach nunmehr 14 Monaten wirklich dringend eine verbindliche Perspektive für die Zukunft braucht. Daher müssen wir – auch im Interesse einer etwa erforderlichen Schadensminimierung – in aller Klarheit wissen, wann und unter welchen Rahmenbedingungen Veranstaltungen in Ihrem Bundesland wieder uneingeschränkt durchgeführt werden können?

Natürlich sind insbesondere Veranstalter:innen von überregionalen Ereignissen – wie z.B. bundesweite Konzert-Tourneen – auf eine bundeseinheitliche Regelung angewiesen, sodass es fatal wäre, wenn jedes Bundesland unterschiedliche Regelungen erließe. Daher werden wir alle möglichen Anstrengungen unternehmen, dass – trotz vorhandener Öffnungsszenarien – überregionale Veranstaltungsplanungen nicht aufgrund eines bundesweiten Erlass-Flickenteppichs unmöglich werden.

Für Ihr Verständnis, Ihre Unterstützung und möglichst zeitnahe Rückantwort wären wir sehr dankbar.

Mit vorzüglicher Hochachtung,

Die Verbände des Forums Veranstaltungswirtschaft

*Das **Forum Veranstaltungswirtschaft** ist die Allianz sechs maßgeblicher Verbände des Wirtschaftsbereichs. Dazu zählen der [BDKV](#) (Bundesverband der Konzert- und Veranstaltungswirtschaft e.V.), der [EVVC](#) (Europäischer Verband der Veranstaltungs-Centren e.V.), der [FAMA](#) (Fachverband Messen und Ausstellungen e.V.), die [ISDV](#) (Interessengemeinschaft der selbständigen Dienstleisterinnen und Dienstleister in der Veranstaltungswirtschaft e.V.), der [LIVEKOMM](#) (Verband der Musikspielstätten in Deutschland e.V.) und der [VPLT](#) (Der Verband für Medien- und Veranstaltungstechnik e.V.). Ziel der Allianz ist es, Netzwerke, Kompetenzen und Ressourcen zu bündeln, um damit und durch einen gemeinsamen Auftritt bei der politischen Lobbyarbeit noch schlagkräftiger zu sein. Der Zusammenschluss der wesentlichen Sektoren der Veranstaltungswirtschaft versteht sich ausdrücklich nicht als Dachverband. Jeder Partner vertritt die spezifischen Interessen seiner Mitglieder auch weiterhin unmittelbar. Die Schnittmengen der politischen Erwartungen der diversen Sektoren, wie der Kultur-, Kongress- und Tagungsveranstalter, Veranstaltungsstätten, Veranstaltungsdienstleister und Schaustellerbetriebe sowie Hersteller und Händler von Event-Technik, sind jedoch groß und alle Teilbranchen sind eng miteinander verzahnt. Daher wird durch den Schulterchluss der Verbände die Wahrnehmung des Wirtschaftszweigs durch Politik und Öffentlichkeit erheblich erhöht.*

